

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 5

Artikel: Ausgebildete Wirtschaftspolitiker gefragt : Interview mit Ungarns früherem Finanzminister Peter Medgyessy
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview mit Ungarns früherem Finanzminister Peter Medgyessy

Ausgebildete Wirtschaftspolitiker gefragt

Trotz fleissiger Fassadenmalerei der Regierung befindet sich die ungarische Wirtschaft in einem schwierigen Tief. Obwohl Ungarn mit 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden schon vor dem Systemwechsel die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter den Ostblockländern hatte, mit der freiwilligen Verpflichtung, die Auslandsschulden restlos und termingerecht zurückzuzahlen, hat sich die erste demokratisch gewählte Regierung in eine Sackgasse manövriert. Es blieben ihr kaum Finanzmittel übrig, den unerlässlichen Strukturwandel in der Wirtschaft, den Übergang zur Marktwirtschaft zu finanzieren.

Wie es zu dieser Talfahrt gekommen ist, darüber haben wir den ehemaligen ungarischen Finanzminister, Peter Medgyessy befragt, der heute Generaldirektor der ungarischen Paribas AG ist. Medgyessy leitete 1987 das Finanzressort und 1988/89 fungierte er in der reformkommunistischen Regierung Nemeth als Superminister im Wirtschaftsbereich. Unter seiner Mitwirkung wurde das Gesetz für wirtschaftliche Gesellschaften 1988 ausgearbeitet, das für die Privatisierung der Wirtschaft auch heute noch bindend ist.

Seit dem Systemwechsel 1990 ist die Verschuldung Ungarns gegenüber westlichen Ländern und Geschäftsbanken noch weiter gewachsen (von 20 auf 23,8 Milliarden Dollar). Für 1994, für das Jahr der zweiten freien Parlamentswahlen, kann man kaum damit rechnen, dass dieser negative Trend gestoppt wird. Damit parallel wurde das Defizit des Staatshaushaltes Jahr für Jahr grösser. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion fielen stark zurück, aber noch stärker die Kaufkraft der Bevölkerung. Kommt die «Quittung» für die erfolglose Wirtschaftspolitik bei den Wahlen?

Ich bin der Meinung, dass die heutige ungünstige Lage eine logische Folge der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre ist. Es geht freilich auch auf die Zeit vor dem Systemwechsel zurück. Die Probleme sind ja grösstenteils geerbt. Aber unter der neuen Regierung kam es zu einer weiteren Verschlechterung. Das ist die Wahrheit. Das Grundproblem liegt darin, dass die Regierung offenbar keinen Mut gehabt hat, den Staatshaushalt zu

reformieren. Deshalb handelt es sich hier um ein strukturelles Defizit, zumal die grossen Verteilungssysteme der alten Wirtschaftsordnung unverändert geblieben sind. Hier kann der Finanzminister mit kleineren Massnahmen keineswegs wirksam eingreifen. Das immer grösser werdende Haushaltsdefizit verschlechtert weiter die Position der Zahlungsbilanz.

Es ergibt sich offensichtlich daraus, dass der Staatshaushalt die wirtschaftliche Tätigkeit der noch immer nicht privatisierten Staatsbetriebe (noch immer 80 Prozent) weiterhin beinhaltet...

Genau das ist das Problem. Im Haushalt findet eine riesige Umverteilung statt, um Verluste von Unternehmen auszugleichen. Das hat zur Folge, dass zur Belebung der Wirtschaft keine Finanzmittel übrigbleiben. Deshalb ist die Bevölkerung masslos enttäuscht. Man hat erwartet, dass der Systemwechsel hier binnen kurzer Zeit zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung führen würde.

War die Hoffnung Ihrer Meinung nach unberechtigt?

Es war nicht realistisch. Aber selbst die neuen Parteien verstärkten diesen Eindruck. Nicht nur die regierenden Parteien der Koalition, sondern auch die oppositionellen. Alle haben behauptet, dass es in den Jahren nach der Wende zu einem fantastischen Aufschwung kommen würde. Hier muss ich allerdings hinzufügen: Obwohl die Erwartungen nicht realistisch waren, hätte die Regierung viel mehr machen können.

Die neue demokratische Regierung stand im Frühjahr 1990 vor einer doppelten Aufgabe: 1) Sie hatte das gescheiterte kommunistische Wirtschaftssystem aufzuwickeln und dabei einen riesigen Schuldenberg abzutragen; 2) zugleich sollte sie den Übergang zur Marktwirtschaft auf der Basis der Privatisierung schaffen, was wiederum einen enorm hohen Kapitalanspruch bedingt. Meinen Sie nicht, dass es beinahe unmöglich ist, beide Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen?

Ich denke, die Regierung hat zu dieser Zeit eine gute Möglichkeit versäumt, ei-



Der ehemalige ungarische Finanzminister Peter Medgyessy sprach mit «zeitbild».

«Ich bin der Meinung, dass die heutige ungünstige Lage eine logische Folge der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre ist.»

nen Vorstoss zur Lösung der Schuldenfrage zu unternehmen. Man hätte mit den internationalen Finanzinstituten und mit den Regierungen und Geschäftsbanken jener Länder, die Ungarn Kredite gewährten, über eine bedeutendere Umschuldung sprechen müssen, um den Übergang zur Marktwirtschaft möglichst unbelastet einleiten zu können. 1990 hätte die allgemeine Stimmungslage im Westen dies möglich gemacht.

Die massgebenden westlichen Regierungen haben bislang sehr wenig Interesse daran gezeigt, die Ursachen erfahren zu

wollen, warum der wirtschaftliche Systemwechsel in allen postkommunistischen Ländern so schwierig ist. Statt dessen haben sie die bequemere Lösung gewählt und diese Länder unter die «Finanzverwaltung» des internationalen Währungsfonds (IWF) gestellt. Wie es scheint, hat auch der IWF sich nicht besonders in die dortigen spezifischen Probleme vertieft. Er verwendet auch in Osteuropa sein für die stark verschuldeten Entwicklungsländer ausgearbeitetes Standardrezept: Unter dem Vorwand, die Inflation und die Defizite der Staatshaushalte einzudämmen, zwingt er diesen ohnehin mittellosen Staaten eine restriktive Geldpolitik auf, die die Finanzierung des wirtschaftlichen Übergangs mit hohem Kapitalanspruch ausserordentlich erschwert.

Ich glaube, das ist ein ziemlich kompliziertes Problem. Einerseits meine ich, Sie haben völlig recht: Hätten Ungarn und die anderen ehemaligen stark verschuldeten Ostblockländer mehr oder weniger finanziell belastet in die Marktwirtschaft starten können, so hätte man keine so drastische restriktive Geldpolitik anwenden müssen. Wenn aber ein Land wie Ungarn so stark verschuldet ist und auch seine östlichen Märkte verliert, wo es etwa 50 Prozent seines Gesamtexports absetzte, so muss man die ganze Wirtschaft auf die westlichen Märkte umstellen und dazu die notwendigen Leistungen erbringen. Das alles geht nicht anders als mit einer restriktiven Geldpolitik.

Das Problem liegt meiner Meinung nach darin, dass man es gar nicht gemerkt hatte, als die Zeit zur Lockerung der Geldpolitik gekommen war. Spätestens 1992 wäre dies möglich gewesen. Man hätte sagen können, Ungarns Exporte würden nunmehr ausschliesslich mit Dollars und anderen westlichen Hartwährungen bezahlt, es habe eine lange Umstrukturierung begonnen, es gebe Bewegung bei der Privatisierung, auch die Inflation schien zurückzugehen, also müsse man jetzt die Geldpolitik etwas lockern. Doch das wurde einfach versäumt. So geht es mit der Wirtschaft Ungarns wieder abwärts. Aus diesem Tief wieder herauszukommen wird zunehmend schwieriger.

Es gab auch andere schwerwiegende Fehler. Im abgelösten System waren die Unternehmen und Genossenschaften nur sehr dünn mit Betriebskapital versorgt. Wenn es irgendwo plötzlich zu eng wurde, sprang die Staatsbank, die ungarische Nationalbank, mit den notwendigen Finanzmitteln ein. Nach dem Systemwechsel schaltete aber die Nationalbank auf Intentionen des IMF auf westliche Geldpolitik um, als wäre bereits die ganze Wirtschaft privatisiert gewesen. Die Bank betrieb eine Hochzinspolitik bei

«Ich denke, die Regierung hat eine gute Möglichkeit versäumt, einen Vorstoss zur Lösung der Schuldenfrage zu unternehmen.»

«Den grossen Fehler hat man in der Landwirtschaft gemacht — und zwar mit der konzeptionslosen Privatisierung.»

«Es besteht kein Zweifel, dass sich damals die Import-Liberalisierung als notwendig erwies, aber als dann später sichtbar wurde, welche Risiken sie mit sich bringen kann, wurden auch die legalen Mittel zum Schutz der heimischen Konsumgüterindustrie nicht angewendet.»

äusserst engem Kreditrahmen, so dass auch die besten Betriebe mit den dünnen Kapitaldecken, die bislang kontinuierlich mit Gewinn arbeiteten, binnen zweier Jahre fast alle konkursreif wurden. Hätte die Nationalbank die Regierung vor dieser Gefahr warnen müssen?

Hier gab es drei Probleme, wie ich meine. Das eine war das, was Sie erwähnt haben. Diesen Komplex würde ich aber anders formulieren. Bis zum Systemwechsel galt die ungarische Wirtschaft — wie auch die gleichen Systeme in den anderen Ostblockländern — als eine demonetisierte Wirtschaft. Das Geld spielte also nicht wie in der westlichen Marktwirtschaft eine primäre Rolle in der Produktion von Waren. Nach dem Systemwechsel wurde aber die Monetisierung der Wirtschaft nicht konsequent durchgeführt, lediglich im Finanzsektor, was die teils mittellosen, teils schwer verschuldeten Betriebe hart getroffen hatte. Der beinahe völlige Zusammenbruch der Landwirtschaft und der Verlust des COMECON-Marktes waren die weiteren folgenschweren Probleme. Damit verschwand nämlich ein grosser Teil der Märkte. So die derart schwer erkrankte und kapitalarme Wirtschaft mit ausserordentlich teuren Krediten «kurieren» zu wollen, das hat die Krise nur noch weiter verschärft.

Den grossen Fehler hat man jedoch in der Landwirtschaft gemacht — und zwar mit der konzeptionslosen Privatisierung. Man dachte, die Landwirtschaft lasse sich genauso privatisieren wie die Industrie. Das erwies sich als völliger Fehlgriif, zumal der Agrarsektor in Ungarn ein viel komplizierterer Komplex war als in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Hier hatten der staatliche, der genossenschaftliche und der private Sektor in einer Symbiose zusammengelebt. Dabei war der Privatsektor die tragende Kraft. Wichtige Produkte, von Obst und Gemüse bis Schweinefleisch wurden zu einem beträchtlichen Teil im Privatsektor hergestellt. All das nicht zur Kenntnis zu nehmen und einfach schematisch zu privatisieren, das hat die Landwirtschaft in chaotische Verhältnisse geführt. Dazu kam noch der Zerfall der Handelsorganisation im Agrarsektor, der die ohnehin vorhandene grosse Unsicherheit und Orientierungslosigkeit noch weiter vergrösserte.

Die allzu grosszügige Importliberalisierung traf die heimische Konsumgüterindustrie sehr hart, bevor noch diese konkurrenzfähig hätte werden können. Dass die Regierung nach diesen ungünstigen Erfahrungen weiterhin so grosszügig blieb, erscheint auch deshalb schwer verständlich, weil die Westeuropäer sich vor dem wettbewerbsfähigen Export aus Osteuropa immer mehr abschotten wollen.

Diese Frage scheint mir etwas diversifizierter zu sein. Es besteht kein Zweifel, dass sich damals die Importliberalisierung als notwendig erwies. Um den internationalen Kurswert der ungarischen Währung (Forint) zu ermitteln und unsere Produktionskosten international vergleichen zu können, war es ja unerlässlich, die Importe zu liberalisieren. Das war vor fünf Jahren eigentlich eine grosse Tat. Und dass die Liberalisierung so gelang, dass dabei die Zahlungsbilanz in Ordnung geblieben ist, nahm sich als ein besonders grosses Verdienst aus. Es begann 1988 und lief auch noch 1991 mit Erfolg. Das Problem lag eher da: Als dann später sichtbar wurde, welche Risiken die Import-Liberalisierung mit sich bringen kann, wurden auch die legalen Mittel zum Schutz der heimischen Konsumgüterindustrie nicht angewendet, die auch die Westeuropäer in ähnlichen Fällen nutzen.

Die funktionierende Marktwirtschaft ist ohne zahlungsfähige Nachfrage schier unvorstellbar. Eine lebensfähige Wirtschaft muss nicht nur Waren, sondern auch Kaufkraft produzieren. Denn ohne Nachfrage gibt es kein Wachstum. Was meinen Sie, warum diese Seite der Wirtschaft in Ungarn völlig vernachlässigt wurde?

Ich halte es für einen grossen Fehler, dass es im Hinterland der Wirtschaftspolitik Ungarns kein Informationssystem gibt, worauf die Wirtschaftspolitik aufgebaut werden könnte. Wenn ein entsprechendes Informationssystem zur Verfügung stünde und es Fachleute gäbe, die die Informationen auch verwerten könnten und Führungskräfte, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen, so hätte man sich mit diesen Problemen beschäftigen können. Sie haben recht: Es wäre eine Wirtschaftspolitik notwendig, die daran denkt, dass auch die Nachfrage aufgebaut werden soll, wobei man das Ganze mit dem Angebot in Einklang bringt. Freilich muss diese Frage äusserst vorsichtig behandelt werden, um die Inflation in Schranken zu halten und auch auf das Gleichgewicht zu achten. Aber all dies lässt sich nur verwirklichen, wenn ein Informationssystem vorhanden ist und — wie gesagt — ausgebildete Wirtschaftspolitiker, die die richtigen Schritte tun können.

(Interview: Joseph Pozsgai)